

TAGBLATT

Zwist ums zeitversetzte Fernsehen - das Ende des Replay-TV?

Weil immer mehr TV-Nutzer die Werbung überspringen, entgeht den Fernsehsendern Geld. Nun entscheidet die zuständige Kommission des Nationalrats über Änderungen, die laut Kritikern das Ende des Replay-TV bedeuten könnten.

Michel Burtscher
28.8.2018, 05:55 Uhr

Es ist eine Funktion, die immer mehr Konsumentinnen und Konsumenten nutzen: Mit dem Replay-TV, dem zeitversetzten Fernsehen, können sie Sendungen auch noch Tage nach ihrer Ausstrahlung schauen. Doch die Stiftung für Konsumentenschutz sieht diese «bei der Bevölkerung sehr beliebte Art des zeitversetzten TV-Konsums» in Gefahr. Grund dafür ist die Fernmeldekommission des Nationalrates, die sich am Montag und Dienstag abermals mit dem Thema beschäftigt. Es geht dabei um die Frage, ob TV-Verbreiter wie die Swisscom und UPC die Fernsehprogramme der Sender ohne deren Einverständnis zukünftig nur noch «zeitgleich, unverändert und vollständig» weiterverbreiten dürfen.

Denn den TV-Sendern ist das Replay-TV ein Dorn im Auge. Der Grund dafür ist ein ökonomischer: Weil immer mehr Menschen das zeitversetzte Fernsehen nutzen und dabei die Werbung überspringen, entgeht den TV-Sendern viel Geld. Von den Konsumenten, die zeitversetzt fernsehen, überspulen 60 bis 80 Prozent die Werbung. Das zeigen Zahlen der Interessengemeinschaft Radio und Fernsehen (IRF), einem Zusammenschluss von in- und ausländischen Radio- und Fernsehunternehmen. Zwar erhalten sie von den TV-Verbreitern eine Entschädigung für die Replay-Funktion, doch aus ihrer Sicht nicht genug.

Im Jahr 2017 gingen die Werbeeinnahmen der Sender gemäss der IRF um 110 Millionen Franken zurück. Die Replay-Entschädigung betrug im gleichen Zeitraum lediglich 8,3 Millionen Franken. Die Situation dürfte sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. «Die Existenz der werbefinanzierten Sender ist bedroht», sagt Andrea Werder, Geschäftsführerin der IRF, der neben der SRG und den privaten Schweizer Fernsehsendern unter anderem auch RTL und ProSieben angehören.

Konsumentenschutz ist alarmiert

Bei der Stiftung für Konsumentenschutz warnt man derzeit lautstark vor einem solchen Systemwechsel. «Die Folge dieser Regelung wäre entweder ein massiver Kostenanstieg für den Konsumenten oder die Einschränkung und schlimmstenfalls gar die Abschaffung des Replay-TV», sagt André Bähler, Leiter Politik und Wirtschaft beim Konsumentenschutz. Er befürchtet, dass die TV-Sender auf stur schalten könnten bei den Verhandlungen über die künftige Höhe der Abgeltung – und kurzerhand das Replay-TV verbieten, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Tatsächlich erhielten die TV-Sender mit der neuen Regelung mehr Macht. Heute wird die Replay-Entschädigung verhandelt zwischen den TV-Verbreitern und den Verwertungsgesellschaften, welche Urheber- oder Leistungsschutzrechte für ihre Mitglieder wahrnehmen. So ist es gesetzlich vorgesehen. In diesem Rahmen konnten die TV-Sender ihre Forderungen aber nicht durchsetzen. «Wir haben alles versucht, um uns in den Verhandlungen über den aktuellen Tarif Gehör zu verschaffen», sagt Werder. Doch die TV-Sender wurden überstimmt – und hoffen nun auf Hilfe aus dem Parlament. Werder betont: «Faire Bedingungen für das Replay-TV müssen durch die Kabelnetzbetreiber und die Sender direkt ausgehandelt werden.»

Die Kritik des Konsumentenschutzes weist Werder zurück. Die TV-Sender wollen das zeitversetzte Fernsehen gemäss ihr keinesfalls verbieten, sondern einfach bessere Rahmenbedingungen. Und auch die Angst vor höheren Preisen für die Konsumenten hält sie für unbegründet. «Eine Abwälzung auf die Kunden ist nicht Sinn und Zweck des Systemwechsels und wäre auch nicht angebracht», sagt Werder. Es gehe darum, dass die TV-Sender und -Verbreiter zusammen ein neues Geschäftsmodell entwickeln könnten, von dem beide Seiten profitierten.

Stimmung in Kommission scheint zu kippen

Eines ist sicher: Das Thema bewegt die Konsumenten. «Wir haben viele Rückmeldungen erhalten von Personen, die empört darüber sind, dass das Replay-TV in Frage gestellt wird», sagt André Bähler. Das scheinen auch die Politiker gemerkt zu haben. Die Nationalratskommission hatte sich Anfang Juli deutlich für eine Systemänderung ausgesprochen. Doch nun könnte die Stimmung aber kippen. Gemäss der NZZ hat der Aargauer FDP-Nationalrat Thierry Burkart einen Rückkommensantrag gestellt, um den Entscheid zu korrigieren.

«Tagblatt»-Newsletter abonnieren

Der kompakte Überblick am Abend mit den wichtigsten Ereignissen und Themen aus der Ostschweiz und der Welt. Zusammengestellt von der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © St.Galler Tagblatt. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt ist nicht gestattet.